

Sattler-Tapezierer- und Portefeuille-Zeitung

Organ des Deutschen Sattler-Tapezierer- u. Portefeuille-Verbandes

Erscheint wöchentlich. Bezugspreis pro Vierteljahr 90 Pfennig. Bestellung bei allen Postämtern. Mitglieder kostenfrei.

Geschäftsstelle: Berlin SO 16, Michaelstr. 14 II
Fernsprecher: F 7 Jannow 2120

Anzeigen die dreigez. P. 1 M. Aufnahme nur bei vor-
herg. Gebühreneinbarung auf Postch. 11.502. Post-
sch. Amt Berlin. Rabatt wird nicht gewährt. Redaktions-
sch. Freitag

Schluß mit dem uferlosen Lohnabbau.

Im Lohnkonflikt der Berliner Metallarbeiter wurde ein Schiedsspruch gefällt, der besonders durch seine Begründung von größter grundsätzlicher Bedeutung ist. Danach wurde das bisherige Lohnabkommen unverändert verlängert und mit 14tägiger Frist erstmalig zum 13. Dezember d. J. kündbar. Der Vorsitzende der Schlichtungskammer, Herr Gewerberat Körner, gab dazu die folgende Begründung:

„Die Gesehungskosten der Berliner Metallindustrie müssen wesentlich gesenkt werden, wenn insbesondere die auf die Ausführung angewiesenen Betriebe wettbewerbsfähig bleiben sollen. Es widerspricht aber der sozialen Gerechtigkeit, diese Senkung immer wieder nur von der Lohnseite her vorzunehmen. Außerdem kann die Lebensmöglichkeit der Arbeiter bei der Vermessung des Lohnes nicht unberücksichtigt bleiben. Jede gesellschaftliche Arbeit verliert ihren Sinn, wenn die Erträge nicht wenigstens die zum Lebensunterhalt unbedingt notwendigen Ausgaben decken.“

Solange die Lebenshaltung nicht durch eine Herabsetzung der Lebensmittelpreise wesentlich verbilligt wird, oder wenn das aus agrarpolitischen Erwägungen nicht erreichbar ist, solange nicht die Mieten gesenkt und die Tarife für die städtischen Unternehmungen, Gas, Wasser, Elektrizität, Verkehr herabgesetzt und die Abzüge für Steuern und Sozialversicherung verringert werden, ist eine weitere Kürzung der Bezüge der Arbeitnehmer nicht möglich.

Die vorgeschlagene Verlängerung des bisherigen Lohnabkommens kann nur ein Provisorium sein. Es müssen nunmehr unverzüglich die erforderlichen Maßnahmen zur Herabsetzung der übrigen Gesehungskosten und zur Verbilligung der Lebenshaltung geschaffen werden. Andernfalls wird man in sehr kurzer Zeit vor der bitteren Entscheidung erheblicher weiterer Betriebseinsparungen oder Herabdrückung des Lohnes unter das Existenzminimum stehen.“

Der Berliner Schiedsspruch wünscht eine Unterbrechung des allgemeinen Lohnabbaues, um der Wirtschaft Zeit zu geben, die Gesehungskosten auf andere Art zu senken. Ferner sollen weitere generelle Lohnsenkungen solange ausgeschaltet werden, bis nicht durch eine entsprechende Senkung der Lebenshaltungskosten einige Sicherheit für die Erhaltung des Reallohnes geschaffen ist. Es ist anzunehmen, daß sich Herr Gewerberat Körner mit dieser Stellungnahme im innigen Konnex mit dem Herrn Reichsarbeitsminister Dr. Stegerwald befindet. Daß die Löhne, die zur Zeit in Deutschland gezahlt werden, in vielen Fällen nicht mehr ausreichen, um dem Arbeiter eine geordnete Lebensführung zu ermöglichen, zeigen uns die Berichte über die ununterbrochen im Reich stattfindenden Lohnverhandlungen. Dazu kommt, daß ein großer Teil der noch in Arbeit stehenden weniger als 48 Stunden beschäftigt ist. In sehr vielen Betrieben wird nur noch zwei bis drei Tage gearbeitet. Die Summe von Not und Elend, die in diesen Arbeiterkreisen vorhanden ist, läßt sich nur schwer schildern.

Falsch würde es sein, allzu große Hoffnungen zu hegen oder gar zu glauben, daß mit dem Schiedsspruch für die Berliner Metallindustrie eine neue Ära im Lohnkampf eintreten werde. Die Unternehmer fragen wenig danach, ob die Erträge der ge-

gesellschaftlichen Arbeit der arbeitenden Klassen ausreichend sind, um wenigstens die zum Lebensunterhalt notwendigen Ausgaben zu decken. Die Reichspostverwaltung hat Anweisung gegeben, den Schiedsspruch für die Arbeiter, der eine weitere Lohnkürzung von 4,5 Proz. vorsieht, durchzuführen, und auch das Reichsfinanzministerium will den Schiedsspruch für die Reichsarbeiter durchführen.

Trotzdem bleibt die Begründung des Schiedsspruchs für die Berliner Metallindustrie eine mutige Tat, denn sie spricht offen aus, was bisher von Unternehmerseite und auch in offiziellen Kreisen abgeleugnet worden ist. Das Unternehmertum im Bunde mit den Kreisen von Hugenberg und Hitler agitieren mit der Behauptung, die Lohn- und Tarifpolitik der Gewerkschaften trage die Schuld an der Krise und dem Zusammenbruch der Wirtschaft. In Wirklichkeit langt die Kaufkraft der Massen schon seit langem nicht mehr aus, um die Fülle der Produkte konsumieren zu können, die der ausgedehnte Produktionsapparat hervorbringt.

Der Wirtschaftsbeitrag wird sich ebenfalls mit dieser Frage zu beschäftigen haben. Wird es möglich sein, die Kalkulationen der einzelnen Industrien und Betriebe zu erfassen und sich so ein klares Bild über die tatsächlichen Gesehungskosten zu bilden? Und selbst wenn dies der Fall sein sollte, in welchem Zeitraum soll die als möglich erkannte Preisentlastung vor sich gehen? Sehr viel Zeit ist dabei nicht zu verlieren.

Die Kündigungen von Lohnstarifen und die Verhandlungen vor den verschiedenen Schlichtungsinstanzen nehmen ihren Fortlauf. Auch das Lohnabkommen für die Berliner Metallindustrie läuft, wenn es gekündigt wird, zum Schluß dieses Jahres ab.

Soll das in der Begründung zum Schiedsspruch Belastete dann nicht mehr Geltung haben? Die Reichsregierung trägt sich mit Plänen, nach denen die Kaufkraft der Mark durch einen allgemeinen Preisabbau gesteigert werden soll. Wir haben schon oft davon gehört, daß dem Lohnabbau der Preisabbau nachfolgen soll. In Wirklichkeit sind die Arbeitnehmer durch die Lohnsenkungspolitik schwer geschädigt worden. Wohl sind die Preise verschiedener lebenswichtiger Artikel, gemessen am Stand des Vorjahres, zurückgegangen, auf der anderen Seite sind jedoch eine Reihe von Ausgaben wesentlich gestiegen. Die Arbeiter stehen sich daher viel schlechter, wie es bisher gewesen ist.

Wir werden gut tun, das nicht zu vergessen und die Erwartungen auf eine Wendung in der Lohnentwicklung, es sei denn aus eigener Kraft, nicht allzu hoch einzustellen. Jede weitere Senkung des Nominallohns ist für die Arbeiterklasse eine Gefährdung seiner zukünftigen Lebenshaltung. Selbst wenn es der Reichsregierung gelingt, die Warenpreise vorübergehend zu senken, beim geringsten Anlaß werden sie wieder in die Höhe gehen. Die Arbeitslöhne werden nur allmählich nachsitzen. Die Jede dieses volkswirtschaftlichen Experimentes wird daher immer der Arbeiter mit seiner Gesundheit und seiner Existenz zu zahlen haben.

Der schweigsame Hitler.

Im Anschluß an die Harzburger Tagung der vereinigten Reaktion in Deutschland hatte das Organ der christlichen Gewerkschaften „Der Deutsche“ die folgenden drei Fragen an Hitler gerichtet:

1. Herr Hitler, haben Sie Schwerindustrieellen Führern die Erklärung abgegeben, daß Sie mit Ihrer Partei gegen Gewerkschaften und Tarifverträge sind?

2. Haben Sie die Absicht, gemeinsam mit Herrn Hugenberg nach den Rezepten von Harz und Bang die deutsche Sozialversicherung zu zerschlagen?

3. Halten Sie es mit den Pflichten einer Arbeiterpartei für vereinbar, wenn diese sich von sozialreaktionären Arbeitgeberern mit Geld unterstützen läßt?

Eine Antwort hat „Der Deutsche“ auf diese Frage bisher von Hitler nicht erhalten. Deshalb wiederholt er die Frage und bemerkt dazu: „Eine Beantwortung unserer Fragen durch Hitler ist auch schon aus dem Grunde notwendig, weil Hitler, ganz abgesehen von der Harzburger Tagung, wiederholt in den engsten Kreise der Arbeitgeber Vorträge gehalten hat. Der Umstand, daß er bisher nicht das Bedürfnis hatte, im Kreise der Gewerkschaftsführer über seine Ziele zu sprechen, lichtet nicht den dunklen Verdacht, der jedesmal dann aufstauete, wenn bekannt wurde, daß Hitler mit der Schwerindustrie Fühlung suchte. Deshalb seien die Fragen an Hitler mit größtem Ernst in einem Augenblick gestellt worden, als von ganz zuverlässiger Seite berichtet wurde, daß Hitler erneut auf Verlangen der Schwerindustrie versichert haben soll, daß er seine Partei gegen Tarifvertrag und Gewerkschaften ansetzen werde.“

„Der Deutsche“ sagt weiter, daß alles, auch die Loyalität gegen Hitler eine Grenze haben müsse, und: „Diese Grenze muß jetzt gezogen werden, da die Arbeitnehmer in einem Kampfe stehen, wo es in Wahrheit ums Ganze geht. In einer derartigen Situation müssen die Fronten von Feind und Gegner klar gezogen werden. Und wenn die Partei

so ernst sieht, dann ist keine Zeit mehr für taktische Scheinmanöver. Es gibt da nur noch ein Entweder — Oder.“

Hitler hat weiter geschwiegen, und man kann das begreifen, denn die vorgelegten Fragen sind immerhin sehr peinlich. Eine Anzahl der Anhänger der Idee vom Dritten Reich dürften sich noch in dem Glauben wiegen, daß Nationalsozialismus gleichbedeutend ist mit Befreiung der Menschheit vom Joch des Kapitalismus. Es mußte daher etwas geschehen, um die Ungebud und die erwachenden Zweifel dieses Teiles der Getreuen zu beschwichtigen. Hitler hat daher seinem Intimus Gregor Strasser die Beantwortung der ihm vorgelegten Fragen übertragen. Strasser tut dies in einem langen Schreiben. Zuerst schimpft er darüber, daß die Presse es überhaupt magt, derartige Fragen zu stellen. Als Erklärung, warum Hitler nicht persönlich antwortet, findet er den Dreh: „Der Führer einer siegreichen Partei lehnt es ab, und unser jüngstes einflussreiches Mitglied lehnt es ebenfalls ab, Fragen von Politikern eines abwirtschaftenden, erfolglosen Systems zu beantworten.“

Diese Methode ist reichlich bequem, aber auch Strasser weiß, daß er damit das Mißtrauen der proletarischen Elemente in der NSDAP nicht beilegen kann. So entschließt er sich doch noch zu einer „sachlichen“ Antwort. Zu Frage 1 schreibt Strasser: „Wir haben es nicht nötig, Schwerindustriellen Führern Erklärungen abzugeben über Gewerkschaften und Tarifverträge — und haben es auch nie getan. Gewerkschaften als wirtschaftliche Interessensvertretungen haben wir immer anerkannt und werden sie immer anerkennen.“

Das „Hamburger Echo“ wirft dazu die Frage auf: „Strasser redet immer per „Wir“. Die Frage war an Hitler gestellt. Hat auch Hitler solche Erklärungen nicht abgegeben? Er schweigt.“ Um die Antwort auf Frage 2 drückt sich Strasser, indem er sagt, die NSDAP wolle die Sozialversicherung reformieren durch Reinigung von Parteibuch-

beamten. Auf die konkrete Frage des Deutschen erfolgt also keine Antwort. Es ist daher anzunehmen, daß die wichtigste Reform, die die Nazis für unsere Sozialgesetzgebung planen, in der Regelung des Beamtenabbaus der Versicherungsanstalten durch Inhaber vollwertiger Mitgliedsansprüche der RSDAP, bestehen soll.

Die Beantwortung der dritten Frage soll Straßer besonders schwer. Er magt nicht einmal diese Frage zu verneinen, er fragt nur: „Wo haben wir uns von sozialreaktionären Arbeitgebern mit Geld unterstützen lassen?“ Das ist alles, das ist die Antwort auf die entscheidenden Fragen.

In den Richtlinien der nationalsozialistischen Betriebsfunktionäre heißt es unter „Propaganda“: „Zweck und Ziel der Propaganda ist es, an die Volksgenossen heranzukommen, die größtenteils weder unsere Versammlungen besuchen, noch unsere Zeitungen lesen. Im Vordergrund der Propaganda hat zu stehen: a) Aufklärung über den Wert politischer Führer; b) Wesen und Ziele des nationalen Sozialismus.“

Es ist höchste Zeit, daß unsere Kollegen einmal den Spiegel herumdrehen. Das Bündnis Hitlers mit der Sozialreaktion kann auch durch die Verschleierungstatistik Straßers nicht aus der Welt geredet werden. Dadurch ist auch die Stellungnahme Hitlers zum Sozialismus gezeichnet und klar erkennbar, wo die Vertreter an der Spitze der arbeitenden Klassen zu finden sind.

Neuabschluss des Reichstarifes in der Lederteilriemen-Industrie.

Der Reichsmantelvertrag für die Lederteilriemenindustrie ist durch Verhandlungen am 12. November in Berlin mit dem Arbeitgeberverband wiederum zum Abschluss gebracht worden. Eine wesentliche Änderung erfahren die Ferienbestimmungen. An Stelle der bisherigen Berufsferien treten Betriebsferien. Die Arbeitgeber machen den Abschluss des Reichstarifvertrages davon abhängig, indem sie erklären, daß die Berufsferien für sie unhaltbar geworden sind. Sie hätten nur Auftrag, den Reichstarif abzuschließen, wenn Betriebsferien statt Berufsferien im künftigen Vertrag Ausnahme finden. Unter anderen Umständen wäre der Arbeitgeberverband nicht in der Lage, seine Mitglieder zu halten. — Außer den Berufsferien sind noch einige kleinere Änderungen eingetret, über die wir im Zusammenhang mit dem Besonderen in nächster Nummer unserer Zeitung berichten werden.

Der neue Vertrag gilt ab 1. Dezember 1931 bis zum 31. Dezember 1932.

Beschäftigte, die laut altem Vertrag die ihnen zustehenden Ferien noch zu bekommen haben, müssen diese sofort nehmen, denn mit dem Aufheben des alten Vertrages, welcher bis zum 30. November 1931 läuft, erlischt der Anspruch auf die Berufsferien.

Kopfschmerzen.

Von Dr. Curt Kanfer.

„Kopfschmerzen, na ja, die hat man eben ab und zu. Da nimmt man irgendein Kopfschmerzmittel und ausgetanzen ist's bis — zum nächsten Mal!“ Dieses Spiel mit seinen Augenblickserfolgen wiederholt sich immer wieder, keine Kopfschmerzen wird man zwar auf die Dauer nicht los, aber den Magen hat man sich verdoeren, Herzbeschwerden treten nicht selten auf, bis man schließlich doch versucht, so weit wie möglich selbst oder mit Hilfe des Arztes den Ursachen der Kopfschmerzen nachzugehen.

Diese sind oft sehr mannigfaltiger Art. So tritt z. B. mancher Kopfschmerz stets in späten Nachmittagsstunden, am Abend oder auch nach längerem Lesen auf. Die Untersuchung durch den Arzt ergibt dann meist das Vorhandensein einer Sehstörung. Entsprechende Behandlung, unter Umständen die Verordnung einer zweckentsprechenden Brille, bringt leicht die Kopfschmerzen für immer zum Verschwinden.

Häufig rufen starkes Rauchen oder das Rauchen schwerer Zigarren, chronischer Alkoholmißbrauch oder sonstige schlechte Angewohnheiten den Kopfschmerz hervor, der dann durch Einschränkung des Tabak- oder Alkoholgusses resp. gänzliche Enthaltung leicht zu beseitigen ist.

Kopfschmerzen können auch durch Einwirkung von gewerblichen Giften, z. B. bei Berufen, die mit Blei, Chemikalien u. dgl. zu tun haben, hervorgerufen werden, und die strikte Innepaltung der notwendigen hygienischen Vorschriften und gewerkepolizeilichen Maßnahmen wird dann zu ihrer Beseitigung führen. Die Kopfschmerzen schwächerer Schulbildung sind häufig auf Uebermüdung zurückzuführen und lassen sich durch Sorge für geeigneten Wechsel von Arbeit und Ruhe sowie durch ausreichende Bewegung in frischer Luft leicht verbannen.

Friedrich Bartels †.

Am 11. November ist Genosse Friedrich Bartels, der Präsident des Breußischen Landtages, nach langer, schwerer Krankheit gestorben. Der Verstorbene stand im Alter von 60 Jahren. Von Beruf Maler, schloß er sich früh seiner Gewerkschaft an. Von 1904 bis 1906 war er Angestellter des Malerverbandes, bis 1913 helleidete er den Posten eines Bezirksparteisekretärs für Schleswig-Holstein. Von 1913 bis zu seinem Tode hat der Verstorbene ununterbrochen dem sozialdemokratischen Parteivorstand angehört. Von 1919 bis 1921 gehörte Bartels der Verfassunggebenden Breußischen Landesversammlung an, von da an ununterbrochen dem Landtag. Der Verstorbene hat sich in jahrzehntelanger unermüdlicher Arbeit in seiner Partei und im politischen Leben hohe Verdienste um Volk und Staat erworben, die ihm über das Grab hinaus ein ehrendes Andenken sichern.

Hausierhandel mit Volkermöbeln.

Trotz der Bemühungen der beteiligten Arbeitgeber und Arbeitnehmer, den Hausierhandel mit Volkermöbeln einzuschränken, ist ein Erfolg nur zum Teil zu verzeichnen. Nur von einer Ergänzung des § 56 der RGD., einem Verbot des Hausierhandels mit Volkermöbeln, ist eine Besserung zu erwarten, die nicht nur im Interesse der Erzeuger, sondern auch der Konsumenten liegt. Im Laufe der letzten Jahre ist auch Südwestdeutschland stark mit derartigen Erzeugnissen überflutet worden; es wurde mit allen Mitteln des unlauteren Wettbewerbs gearbeitet.

Diese Zustände veranlassen die Vertragsparteien des Badischen Handwerkstarifes für das Sattler- und Tapezierergewerbe, Vertreter des Arbeitgeberverbandes und unsere Verbandsvorleiter, gemeinsam eine Ausprache bei dem Badischen Innenminister herbeizuführen. In eingehender Weise wurden die dem Gewerbe entstehenden Schäden, sowie auch die Benachteiligung der Käufer durch die Minderwertigkeit der Waren dargelegt. Zwei Punkte, die Abhilfe bringen können, wurden in den Vordergrund der Betrachtungen gestellt: 1. Die Herausgabe von Wandergewerbescheinen zum Handel mit Volkermöbeln möglichst einzuschränken und darüber zu wachen, daß ein unlauterer Wettbewerb unterbunden wird. 2. Die Badische Regierung soll sich bei der Reichsregierung für eine Änderung des § 56 der RGD. einsetzen, damit der Handel mit Volkermöbeln und Matragen im Umherziehen verboten wird.

Von dem Minister, der selbst aus Arbeiterkreisen hervorgegangen ist, und aus seiner früheren Tätigkeit die Verhältnisse der Möbelindustrie kennt, und auch von den Sachbearbeitern des Ministeriums wurde uns weitgehende Unterstützung zugesagt. Bemertt wurde besonders, daß die Händler nicht aus der Südwestde Deutschlands stammen, sondern mit einem Gewerbeschein für das ganze Reich aus dem

Ähnlich liegen die Verhältnisse bei Büroangestellten, Kopfarbeitern und Stenographen. Beliebeten Daruntergibt eine wesentliche Rolle. Da wird dann Regelung der Diät und Bewegung in frischer Luft, ein wenig Körpergymnastik, vielleicht auch vernünftig betriebener Sport weit sicherer helfen als alle Kopfschmerzmittel.

Kopfschmerzen können aber auch eine Teilerscheinung anderer, zum Teil sogar ernster Erkrankungen sein. So sind Kopfschmerzen vielfach das erste Zeichen akuter Infektionskrankheiten (Typhus, Grippe, Scharlach, Hirnhautentzündung usw.).

Es gibt ferner Kopfschmerzen, die von Erkrankungen anderer Organe, so von den Jg. Nebenhöhlen der Nase, von den Mandeln oder den Zähnen ausgehen und auch von dort her wirksam durch den Arzt bekämpft werden können.

Teilerscheinungen ernster, chronischer Krankheiten sind die Kopfschmerzen bei Nierenkrankheiten, bei Gefäßverkalkung, bei Syphilis und gewissen Erkrankungen des Gehirns. Darüber kann natürlich nur eine genaue ärztliche Untersuchung den erwünschten Aufschluß bringen.

Schließlich sei, als besondere Form des Kopfschmerzes, noch die Migräne erwähnt, jener oft periodisch auftretende Halbseiten-Kopfschmerz, der nicht selten erheblich ist und bestimmten Störungen des Nervensystems oder der Drüsen mit innerer Absonderung eine Entstehung verdankt.

Wer also häufig und ohne nachweisbare Veranlassung unter Kopfschmerzen leidet, der greife nicht wahllos zu einem Kopfschmerzmittel, sondern bedachte, wie mannigfaltig die Ursachen der Kopfschmerzen sein können, und suche unter Inanspruchnahme ärztlicher Hilfe vor allem den Ursachen seiner Kopfschmerzen nachzugehen.

Nur so kann wirkliche und dauernde Hilfe mit geeigneten Mitteln oder Methoden gebracht und unter

Rheinland zum Teil auch aus Hessen kommen. Die badische Regierung wird auch für eine Verringerung der RGD. in unserem Sinne eintreten. Wir hoffen, daß auch diese Aktion tatl. beitragen wird, die von den Zentralen der Arbeitgeber und Arbeitnehmer eingeleitete Bewegung zur Beseitigung der sich durch den Hausierhandel ergebenden Mißstände zu fördern.

Ein Plan zur Organisierung der Welt-Automobilindustrie.

Vom französischen Automobilfabrikanten Citroen wurde ein beachtenswerter Plan zur Regelung der Produktion und des Abflages der Welt-Automobilindustrie ausgearbeitet. Citroen schätzt die Zahl der in den letzten 7 Jahren in der Welt erzeugten Automobile auf 35 600 000 mit einem Wert von mehr als 80 Milliarden Mark. Davon wurden in Europa nur 4 Millionen Stück mit einem Wert von etwa 13 Milliarden Mark hergestellt, während die überwiegende Menge in Amerika erzeugt wurde. Amerika führte in diesen Jahren 4 Millionen Wagen nach Europa aus, so daß zur Zeit in Europa 8 Millionen Wagen laufen. Die europäische Automobilindustrie beschäftigt etwa anderthalb Millionen Arbeitskräfte. Citroen will die Automobilindustrie der Vereinigten Staaten, Frankreichs, Deutschlands, Italiens und einiger kleiner Länder, die Automobile erzeugen, in eine Ausführgesellschaft übernehmen, und in den nächsten fünf Jahren ihre Produktion derart beschränken, daß sie in jedem Jahre die Produktion des vorangegangenen Jahres nicht überschreitet. Die Exportgesellschaft soll die Automobile in den 107 Ländern, die keine Automobilproduktion haben, absetzen. Außer dem Abflage von Automobilen soll die Gesellschaft auch Straßen in den Abflageländern bauen. Auch soll sie sich verpflichten, jeden Wagen nach einer Lebensdauer von mehr als sieben Jahren zurückzukaufen. Als Entgelt für den Straßenbau sollen die 107 Abflageländer die vollfreie Einfuhr von Automobilen gestatten und der Exportgesellschaft ein Verkaufsmonopol auf ihren Gebieten sichern. Citroen beabsichtigt, seinen Plan dem internationalen Industrie-Kongress in den Vereinigten Staaten zu unterbreiten.

Landtagswahlen in Hessen.

Die Wahlen am Sonntag, dem 15. November, sind bei außerordentlich harter Wahlbeteiligung verlaufen. Die radikalen Flügel links und rechts haben erhebliche Gewinne zu verbuchen. Es wurden abgegeben Stimmen (in Klammern die Stimmengahl der Reichstagswahl vom 14. September 1930):

Sozialdemokraten	174 519	(215 649)
Zentrum	112 769	(104 235)
Kommunisten	108 596	(84 497)
Nationalsozialisten	300 259	(137 962)
Kleinere bürgerliche Gruppen	89 824	(181 862)
Kleinere sozialistische Gruppen	23 306	(—)

Umständen eine erste Krankheit durch rechtzeitige ärztliche Feststellung und Behandlung der Heilung zugeführt werden.

Sturm im November.

Auch der heutende Sturm hat seine Erlebnisfähigkeit. Er ist das Sinnbild der Kraft, der natürlichen, echten, herrlichen Kraft. Erlebnis, wie wir es nötig haben.

Naturerlebnis ist Erlebnis von menschenbildendem Werte. Als Herder zum ersten Male das Meer besah, da fühlte auch er die tiefe Wirkung solcher Natur der Erhabenheit. Wie weichlich und halb schien ihm da die überlebensfähige, läbliche Bildung! Wie konnte das Leben doch sein! Wie ursprünglich echt muß es doch sein!

So ist auch der Sturm des November Melodie der Kraft und der Fülle. Melodie, die rüttelt und packt. Schüttelt sie dich?

Seht, wie der Sturm da die Fischen sogar zum Zittern bringt! So stark und eigenwillig schienen sie immer. So unüberwindlich. So trotzig. Jede für sich. Jede das Sinnbild des Eigenen, das vom Ganzen gerissen. Und doch gibt es mehr als diese zerissene Kraft. Doch kann noch Stärkeres sie erschüttern. Stärker noch ist der Sturm.

Hört ihr, wie er da brüllt und heult und segt und treibt? Und wie er bricht, daß es knattert? Und hört ihr, wie dieses Leben des Sturms in untrer Seele hallt? Hört ihr das Echo des Sturms da drinnen im Herzen? Fühlt ihr das Echo des Sturms da drinnen im Herzen? Fühlt ihr die Freude an Kraft, die er weckt, und die Freude des trotigen Zwingens?

Seid stark wie der Sturm!
Seid liegend wie der Sturm!
Auch die stärksten Stützen der Zeit wanken im Sturm.
Seid einig!

Dr. G. S.

Auf mich kommt es nicht an...

Wie oft schon, wenn ich einen unorganisierten Kollegen dazu bewegen wollte, doch der Gewerkschaft beizutreten, bekam ich diese Antwort: „Auf mich kommt es nicht an“. Sie war wie ein leichtes Bollwerk, hinter das sich solche Kollegen verschlangen, um ihren Mangel an Solidarität und Pflichtgefühl den anderen organisierten Kollegen gegenüber zu verbergen. Jeder, der schon einmal verlor hat, solch einen Säumligen und Gleichgültigen für die Gewerkschaft zu gewinnen, kann ein Lied davon singen, wie lurchbar schwer es manchmal ist, gegen dieses: auf mich kommt es nicht an, anzukämpfen. Sisyphusarbeit ist es zuweilen, die da geleistet werden muß, denn immer wieder, wenn man schon glaubt, am Ziele zu sein und den Unorganisierten endlich von der dringenden Notwendigkeit der Gewerkschaft überzeugt zu haben, stemmen sich einem dann diese unfähigen, jeder Logik baren Worte entgegen.

Denn offen gesagt, heute glaubt doch im Ernst keiner mehr daran, daß es auf ihn nicht ankommt. Jeder Arbeitnehmer, jeder Schaffende, ganz gleich welcher Branche er auch angehört oder in welchem Betrieb er ist, sieht doch mit eigenen Augen, wie mußtergültig sich die einzelnen Unternehmer zu Verbänden zusammenschließen, setzen Endes doch nur zu dem Zweck, dem Heer der Arbeitnehmer, Arbeitern, Angestellten und Beamten, ihren Willen zu diktieren und aufzuzwingen. Und jeder, der nicht gerade blind durch die Welt geht und auch ein wenig selbstständig denken gelernt hat, sieht doch sicherlich ein, daß hier ein Gegengewicht geschaffen werden muß, das in die Waagschale geworfen werden kann in dem Augenblick, wo dieses zentralisierte Machtbewußtsein der Arbeitgeber ins Unermeßliche zu steigen droht. Und jeder weiß schließlich, daß dieses Gegengewicht nur die Gewerkschaft sein kann. Wann aber, so möchte ich alle einsichtigen Arbeitnehmer fragen, hätte sich je eine Gewerkschaft zu einem nennenswerten Erfolg durchringen können, wenn sie nicht von vornherein die Bewißheit gehabt hätte, Sprachrohr und Ausführender des Willens einer Gesamtheit zu sein?

Was ist in unserem heutigen Wirtschaftsleben der einzelne? Ein Nichts, eine Null, mit der man nicht rechnet, die nicht zählt. Nur Truste und Konzerne haben das Wort, sind tonangebend in Fragen der Wirtschaft, des Handels und der Finanzen. Daraus aber sollten alle, die noch unorganisiert unter uns sind, lernen. Das sollten sie alle einmal einsehen, daß auch sie ohne die Gewerkschaft nichts anders sind als Isolierte, wertlos und ohne Geltung in Kamose um ihre Interessen, und daß es erst die Gewerkschaft ist, die ihren Forderungen und Ansprüchen Achtung und Anerkennung verschafft. Denn nur Vereinigung und Zusammenstoß gibt Kraft und nur Kraft bringt Sieg!

Wenn diese Erkenntnis erst einmal allen Schaffenden aufgegangen ist und die Devise: einer für alle, alle für einen, in ihren Herzen flammte, dann werden auch diese letzten billigen Worte: auf mich kommt es nicht an, haltlos in sich zusammenbrechen und unsere Arbeit wird frei werden von Verflavung und Knetschaft.

Was bedeutet in der Notzeit Bildung?

Je mehr das wirtschaftliche Leben die Existenzvoraussetzungen jedes einzelnen erschüttert, um so notwendiger ist es, daß die gewerkschaftliche Bildungsarbeit diese innerlich gepackten und erregten Menschen in ihrer Tiefe erlöst. Wie nie geht es heute um das Letzte, Einzigende: um den Glauben, um die Idee, um das Erleben der menschlichen Würde und Größe. Um dieses Gemeinsame, das da heute zernagt wird, Tag um Tag, von wirtschaftlichen Sorgen und Nöten.

Wir mögen beweisen und mit Zahlen belegen und mit Tatsachen: gerade in solchen Zeiten, wie diesen, genügen Zahlen und Tatsachen allein nicht. Gerade in solchen Zeiten müssen wir mit der gewerkschaftlichen Bildung auch das Tiefste im Menschen erfassen, das Menschliche, dieses große Gemeinsame der Seele des Volkes. Es ist in uns allen eine Seele und ein Glaube! Den wollen wir fühlen lassen und fühlen! Und wir erleben dann alle den letzten Quell der Größe solida- rischer Kraft.

Als Goethe einmal von einem Gaste seines Hauses gebeten wurde, eine Erklärung des Begriffes Schönheit zu geben, da sagte Goethe, das könne er nicht. Worte würden eben nicht das Letzte und Einzigende geben, als das wir Schönheit alle in gleicher Weise erleben. Aber der Dichter wollte dem Gaste in anderer Weise zeigen, was Schönheit ist. Und er führte ihn zu einer künstlerischen Büste des Apoll und sagte: die erleben, das ist Schönheit erleben und wissen, was Schönheit ist.

Besteht auch darum auf das Große, das eint! Wie nie gefühlt heute der Kunst der Platz in der leidenden verzweifelten Masse Das künstlerische Konzert. Das bereinende Theater. Und die Bildungsarbeit, die über allen Einzelaufgaben das Ganze sieht und das Große zeigt und Begeisterung und Glauben und Liebe zur heiligen Idee erregt allen.

Es ist nicht wahr, daß Menschen keinen Sinn für

solche Größe hätten. Wo man auch nur arbeitende Menschen zu einem großartigen Eindruck gebracht hat, da zeigte sich stets der große herrliche Sinn des Volkes.

So ist das Volk nicht, wie man es oft sieht, in Verzweiflung, in Zerrissenheit der Seele, in Schwanken und Wanken. So hat das erbärmliche Leben dieser unfähigsten und ungöttlichen Ordnung das heilige Wesen des Menschen nur verzerrt. Reißt den Menschen heraus! Weht ihnen Feiertagen! Laßt die Massenlerle glauben und jauchzen! Sie sehnt nach Erleben!

Und sie wird durch Erleben solcher Größe bleiben, stark und treu und einig und groß und frohig.

Und sie bleibt siegest.

Weil aus ihrer heiligen Tiefe der sittliche Weltgedanke lodert und züngelt und glüht. Dr. G. H.

Der Zukunftsstaat der Nationalsozialisten.

Kürzlich sprach der Wirtschaftstheoretiker der Nationalsozialisten, Feder, in Magdeburg über „Finanz- und Wirtschaftspolitik im nationalsozialistischen Staat“. Dieser „Theoretiker“ erklärte, daß die Arbeitslosigkeit durch Arbeitsdienpflicht und die deutsche Finanznot durch Einbuhrbeschränkungen im nationalsozialistischen Staat beseitigt wird. Ferner müsse das Geld- und Verkehrswesen verstaatlicht und das Erbrecht abge schafft werden. Notwendig wäre auch eine Abkehr von der Goldwährung und die Schaffung einer Binnenmark. Mittels der Drosselung der Einfuhr könne man in Deutschland eine Million Erwerbstätige mehr beschäftigen. Vor allen Dingen müsse die Einfuhr von Lebensmitteln eingeschränkt werden. — So sieht der Zukunftsstaat der Nationalsozialisten aus. Die arbeitenden Schichten würden dann zu einem Leben gezwungen sein, gegen welches dasjenige in der Inflation noch als Idyll bezeichnet werden könnte. Wer sich dafür entscheiden will, mag diese Demagogen unterzügen.

Haben wir in Deutschland zuviel Menschen?

Ein Beitrag zur Frage der Dierzigstundenwoche.

Der englische Nationalökonom Mathus stellte im Anfang des vorigen Jahrhunderts die These auf, daß die Bevölkerung die Tendenz habe, sich rascher zu vermehren als die zu ihrer Erhaltung erforderlichen Nahrungsmittel. Das hatten andere vor ihm auch schon gedacht und gesagt. Mathus ist jedoch dadurch berühmt geworden, daß er als Mittel gegen das von ihm befürchtete Verhungern der Menschheit — Entbalb,amteln in der Kindererzeugung empfahl.

Mathus hat seinerzeit sicher in gutem Glauben seine These aufgestellt. Er sah die damalige Welt mit seinen Augen. In England selbst hatte der Industrialismus eben erst seine Flügel zu seinen ersten schüchternen Flügen entfaltet. Diesem herrichten auch im Geburtslande des modernen Großkapitalismus noch recht rückständige Produktionstechniken. Auf dem Kontinent war die Technik allgemein noch weiter zurück. Amerika war noch mitten in seiner Kolonisation begriffen; es war noch nicht das Land der unbegrenzten Möglichkeiten. Soweit die europäischen Staaten schon Kolonien damals besaßen, war ihre „Kolonialpolitik“ noch weit mehr auf offenen Raub an den Eingeborenen beschränkt als heute wo man eine mehr rationale Ausnutzung als Rohstoffquellen vorsieht. Als Ueberseehändler für die Versorgung mit Nahrungsmitteln und Genussmitteln, wie das heute z. T. der Fall ist, kamen die Kolonien damals erst in geringem Maße in Betracht.

Es konnten also dem mit offenen Augen um sich blickenden Gelehrten in jener Zeit sehr wohl Bedenken darüber kommen, ob nicht eines Tages bei fortschreitender Bevölkerungszunahme Mangel an Nahrungsmitteln eintreten könnte. Heute wissen wir, daß ein solcher Mangel nicht zu befürchten ist; das selbst dann nicht, wenn die Bevölkerungsvermehrung noch ein rascheres Tempo einschlagen sollte, als es seit der zweiten Hälfte des vorigen Jahrhunderts geschehen ist. Heute ist es umgekehrt wie zu Mathus Zeiten: heute hat die Erzeugung aller zum Leben notwendigen Bedarfsartikel ein Tempo erreicht, daß nicht nur der Bedarf aller Lebenden gedeckt werden kann, sondern darüber hinaus könnten noch weitere Millionen Menschen sattgemacht und behausung und gekleidet werden. Wenn trotzdem heute in Deutschland Millionen Menschen Not leiden, so deshalb, weil zuviel Lebensmittel und Bedarfsgegenstände hergestellt werden und vorhanden sind, die von denen, die ihrer bedürfen, nicht gekauft werden können. Millionen sind arm und leiden bittere Not — weil wir, volkswirtschaftlich gesehen, zu reich sind!

Es diese Eulen nach Athen tragen, hundertmal schon Gelagtes noch einmal sagen, wollte man die Beweise dafür im einzelnen auch an dieser Stelle noch erbringen. Wir brauchen dabei nicht auf Amerika und die jastam bekannten Vorgänge dort hinzuweisen. Was Brotgetreide anbetrifft, so haben

wir ja auch in Deutschland die Tatsache zu verzeichnen, daß wir teures Brot essen müssen — nicht weil es zu wenig, sondern weil es zuviel Brotgetreide gibt! Die Verwendung von Kartoffeln zur Spirituuserzeugung soll, so verlangen es die Agrarier, trotz mangelnden Bedarfs, erheblich gesteigert werden — damit die für die menschliche Ernährung bestimmten Kartoffeln nicht zu billig werden! Auf den Halben der Kohlenbergwerke liegen Millionen Tonnen von Steinkohlen als unverkäuflich — und Millionen Menschen in den Städten leiden dem kommenden Winter mit banger Sorge entgegen, weil sie nicht wissen, wie sie sich gegen die Kälte schützen sollen. Kurzum: Millionen Menschen in Deutschland leiden Mangel an Notwendigkeiten, nicht weil es das Notwendige nicht gibt, sondern lediglich, weil sie es nicht kaufen können, — sie sind arbeitslos geworden, weil zuviel von diesen und allen anderen zum Leben notwendigen Gütern erzeugt worden ist!

Vielleicht wendet man ein, daß zwar die Bevölkerungsanzahl in Deutschland allgemein sich nicht übermäßig vermehrt hat, daß jedoch die Zahl der Arbeitstuchenden größer geworden ist gegen früher und die Zahl der Arbeitslosen darauf zurückzuführen ist. Das würde zunächst zwar nichts an der Tatsache ändern, daß es mehr als genügend Lebensmittel und Bedarfsartikel gibt, um alle Bedürfnisse befriedigen zu können. Aber selbst das Argument, daß die Zahl der Arbeitstuchenden übermäßig zugenommen habe, kann nicht geltend gemacht werden. Ueber diese wichtige Frage entnehmen wir der Schrift des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes zur Dierzigstundenwoche* die nachstehenden bedeutungsvollen Ausführungen:

„Vor kurzem hat das Statistische Reichsamt versucht, die Gesamtzahl der Arbeitnehmer in Deutschland in den früheren und kommenden Jahren zu schätzen. Als „Arbeitnehmer“ wurden zusammengefaßt Arbeiter, Angestellte, Hausangestellte und Heimarbeitler. Es ergaben sich die nachfolgenden Zahlen:

Table with 2 columns: Year and Number of workers. Mitte 1907: 14.7 Millionen; Mitte 1925: 19.6 Millionen; Mitte 1931: 21.1 Millionen.

In den nächsten Jahren soll die Zahl der Arbeitnehmer auf 20.8 Millionen (1933/34) zurückgehen. Anfang 1940 soll sie 21.9 Millionen wieder erreichen.

Im Zeitabschnitt 1907 bis 1925 hat also die deutsche Wirtschaft rund 5 Millionen neue Arbeitskräfte aufgenommen, im Zeitraum 1925 bis 1931 wurden ihr weitere 1,5 Millionen Arbeitskräfte angeboten. Auch unter Berücksichtigung des schicksalreichen Weges, den Deutschland vom Jahre 1907 bis 1925 zurückgelegt hat, kann man, im Vergleich mit diesem Zeitabschnitt, das Mehrangebot an menschlicher Arbeitskraft in den letzten sechs Jahren nicht als übermäßig hoch betrachten. Bei gleichem Entwicklungstempo wie früher hätte es leicht von der Wirtschaft aufgesaugt werden sollen.

Bei dieser Berechnung haben wir aber bisher einen sehr wichtigen Punkt außer acht gelassen: die Arbeitszeit. 1907 dauerte der Arbeitstag im Durchschnitt 9 1/2 Stunden, 1925 nur 8 Stunden. In runden Zahlen beanspruchte die Wirtschaft:

Table with 2 columns: Year and Daily working hours. 1907: 140 Millionen Arbeitsstunden täglich; 1925: 160 Millionen Arbeitsstunden täglich.

Jetzt werden ihr weitere 12 Millionen Arbeitsstunden angeboten. Die Frage lautet: Könnte die deutsche Wirtschaft bei der früheren Entwicklungsgeschwindigkeit und ohne konjunkturnachteilige diese zusätzliche Arbeitskraft verbrauchen?

Der Zeitraum 1907 bis 1925 schließt 18 Jahre ein, darunter aber 5 Jahre der Zerstörung und noch mehrere Jahre, die mit der Gummachung des Verstorbenen ausgefüllt waren. Für die eigentliche Wirtschaftsentwicklung bleiben also in diesem Zeitabschnitt kaum mehr als 10 Jahre übrig. Da in diesen 10 Jahren die tägliche Nachfrage der Wirtschaft nach menschlicher Arbeitskraft um 20 Millionen Stunden angewachsen ist, sieht man nicht ein, warum bei demselben Tempo der Entwicklung der Bedarf der Betriebe an Arbeitskraft nicht weiter um 2 Millionen tägliche Arbeitsstunden jährlich anwachsen dürfte.

Der Austritt der Arbeitskraft in die deutsche Wirtschaft und besonders auf den Arbeitsmarkt war in den letzten Jahren nicht übermäßig groß. Die Katastrophe kam nicht von der Seite der Bevölkerungszunahme her. Ihre Erklärung ist in den wirtschaftlichen Vorgängen zu suchen.

Die Frage, die wir in der Ueberschrift gestellt haben: „Haben wir in Deutschland zuviel Menschen?“ ist also in jeder Hinsicht zu verneinen. Daraus ergibt sich mit zwingender Notwendigkeit, daß die Arbeitszeit verkürzt werden muß, um den Millionen gezwungen Feiernder neue Lebensmöglichkeiten zu schaffen. Deshalb muß unser Ruf:

Hör mit der Dierzigstundenwoche!

so lange erschallen, bis er von allen gehört und in die Tat umgesetzt wird.

* Die Dierzigstundenwoche. Untersuchungen über Arbeitsmarkt, Arbeitslohn und Arbeitszeit. Verlagsgesellschaft des VDBB, Berlin S 14.

